

Der Finanzwissenschaftler André Heinemann hält es für notwendig, dass schon im kommenden Jahr Gespräche über den Länderfinanzausgleich für die Zeit nach 2019 aufgenommen werden: „Wenn man dieses Thema bis 2016 oder sogar 2017 liegen lässt, kriegt man es nicht ordentlich hin.“

FOTO: KUHAUPT



## „Die Altschuldenfrage muss gelöst werden“

Finanzexperte André Heinemann: Für Bremen besteht die Gefahr, dass sich die Probleme aufschaukeln

Im Moment sind es ungefähr 18 Milliarden Euro Schulden, die Bremen aufgebaut hat. Die Zinsen von 600 bis 700 Millionen Euro pro Jahr belasten heute den Haushalt, verringern die Spielräume erheblich. Und sie sorgen dafür, dass Bremen anfällig bleibt für konjunkturelle Schwankungen.

„Ohne Hilfe bei den Altschulden wird Bremen sich nicht dauerhaft aus der extremen Haushaltsnotlage befreien können“, sagt die grüne Finanzsenatorin Karoline Linnert. Darauf hat sie auch im jüngsten Bericht des Senats an den Stabilitätsrat hingewiesen. Es gab sogar Zeiten, da hat die Regierung eine Lösung des Altschuldenproblems zur Voraussetzung dafür gemacht, dass überhaupt weitere Schritte unternommen werden können. Es ist aber bekanntlich anders gekommen: Ergebnis der Länder-Verhandlungen in der Föderalismuskommission II war keine Entschuldung, sondern eine Zinshilfe für Bremen von 300 Millionen Euro pro Jahr vom Bund. Jetzt muss Bremen erst Einnahmen- und Ausgaben in den Griff bekommen. Linnert drängt gemeinsam mit Finanzexperten darauf, möglichst bald über die Altschulden zu verhandeln. Mit dem Bremer Finanzwissenschaftler André Heinemann sprach Michael Brandt über Lösungsansätze.

**Wäre es logischer gewesen, erst eine Lösung für die Altschulden zu finden, ehe man mit der Haushaltskonsolidierung beginnt? Es gab Zeiten, in denen auch Bürgermeister Böhrnsen eine Altschuldenregelung zur Voraussetzung für weitere Schritte gemacht hat.**

**André Heinemann:** Ja. So war es ursprünglich geplant. Aber die Verhandlungen sind gescheitert. Wenn die Verhandlungspartner einfach aufstehen, kann man nicht mehr erreichen. Die Altschuldenfrage muss jetzt wieder aufgegriffen werden.

**Bremen hat 18 Milliarden Euro Schulden. Um welchen Anteil müsste Bremen entlastet werden, damit es rechnerisch Sinn macht?**

Das kann man jetzt nicht auf den Euro beziffern. Wichtiger ist es, einen Maßstab dafür zu finden, welches Ausgabenniveau für

Bremen angemessen ist, wenn es seine Aufgabe als Stadtstaat auch künftig wahrnehmen soll.

**Ist der Versuch, den Haushalt in zehn Jahren zu konsolidieren, ohne eine Altschuldenregelung von Anfang an sinnlos, weil die Zinslasten Bremen ab 2020 wieder erdrücken?**

Das Wort sinnlos ist falsch. Es macht immer Sinn, eine vernünftige und nachhaltige Finanzpolitik zu betreiben. Seit einigen Jahren können wir beobachten, dass hier wieder Rationalität eingekehrt ist. Es ist richtig, einen Landeshaushalt anzustreben, der in normalen Zeiten ohne Schulden auskommen kann. Und das kann gelingen. Die Frage ist aber, ob wir 2020 noch ein Ausgabenniveau halten können, das einem Stadtstaat entspricht.

**Das heißt, es ist denkbar, dass Bremen 2020 zwar die Vorgaben der Schuldenbremse schafft, aber auf Kosten der Gesellschaft und der Strukturen in der Stadt?**

Trotzdem muss man versuchen, das finanzpolitische Ziel zu erreichen, einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Gleichzeitig muss man sich aber auch die Haushaltsstruktur ansehen. Die Zinslast ist einer der Indikatoren, die ins Auge springen. Die Zinsen für die Altschulden machen derzeit 15 Prozent der Bremer Ausgaben aus. Im Zeitraum der Konsolidierung wird dieser Anteil auf über 18 Prozent steigen. Die Bremer Haushaltsstruktur lässt sich deshalb nur dann nachhaltig verbessern, wenn man die Altschulden-Problematik angeht.

**Der Schuldenberg wird den Prognosen zufolge noch auf 21 oder 22 Milliarden Euro steigen. Danach sinkt der Wert in den Tabellen der Finanzbehörde wieder. Heißt das, Bremen kann es doch aus eigener Kraft schaffen, auch selber den Schuldenberg abzubauen?**

Als theoretisch-rechnerische Übung ist das

möglich. Wenn man sich damit abfinden will, dass Bremen sich bei den Ausgaben gegenüber den durchschnittlichen Ausgaben abkoppelt. Die Tilgung würde sich dann in Zeiträumen von wenigstens 30 Jahren abspielen. Wenn man es optimistisch sieht. Das zentrale Problem dahinter ist: Es wird gesellschaftlich nicht akzeptiert, wenn das Land im Leistungsspektrum deutlich hinter anderen zurückbleibt. Das betrifft in erster Linie die Länder Saarland und Bremen.

**Halten Sie eine Teilentschuldung oder eine komplette Entschuldung der Länder für richtig?**

Man kann und sollte beides diskutieren. Ich kann dazu jetzt kein abschließendes Urteil abgeben, was geeigneter ist. Vielleicht ist es sogar einfacher, sich über einen großen nationalen Entschuldungsfonds zu einigen. Alle Schulden – zusammen rund zwei Billionen Euro – kämen in diesen Topf. Der Bund würde diesen Schuldentopf dann verwalten.

**Die Tilgung müssten aber die Länder übernehmen?**

Der Bund müsste sich dann mit den Ländern über die Abfinanzierung verabreden. Bremen hätte aber auf keinen Fall auf einen Schlag 680 Millionen Euro mehr zur Verfügung, die bisher ungefähr für Zinsen ausgegeben werden. Durch die große Fi-

nanzmasse könnten aber die Zinsen günstiger werden, was einen Gewinn darstellt, mit dem man letztlich auch tilgen könnte. Darüber hinaus könnten Länder wie Bremen und Saarland einen Finanzierungsabschlag erhalten.

**Wann muss man beginnen, über eine Altschuldenregelung zu verhandeln? 2019 endet der Länderfinanzausgleich, 2020 soll die Schuldenbremse greifen.**

Anfang 2012. Wenn man dieses Thema bis 2016 oder sogar 2017 liegen lässt, kriegt man es nicht ordentlich hin.

**Spart sich Bremen kaputt?**

Das ist die Gretchenfrage. Bremen müsste die Ausgaben gegenüber heute real um 25 Prozent senken, um sich aus der extremen Haushaltsnotlage zu befreien. Bei maroden Straßen und maroden Schulgebäuden ist das Leid aller Kommunen gleich. Dramatisch wird es, wenn selbst das noch unterschritten wird. Für Bremen und das Saarland besteht die Gefahr, dass sich diese Probleme aufschaukeln.

Zur Person: André Heinemann ist Mitarbeiter der Forschungsstelle Finanzpolitik und des Instituts für Arbeit und Wissenschaft an der Bremer Uni. Heinemann ist seit 2001 Mitglied der Grünen, deren Landesvorsitzender er von 2007 bis 2009 war.

ANZEIGE

Sofort  
Plätze sichern  
unter 0421 / 327307

### Experten-Vortrag: „R im Bett“

Worauf  
Sie F

Die Vorträge finden statt:

Mittwoch, 21.09.2011

um 13:00 Uhr und 17:00 Uhr

Donnerstag, 22.09.2011 um 10:30 Uhr

Schlaf- und Bettensprechstunde im  
Einzelgespräch mit Herrn Kamps nach  
Absprache am Mittwoch möglich.



**Bettenexperte und Präventologe Markus Kamps** ist als unabhängiger Verbraucherberater in Bremen zu Gast und gibt Tipps, worauf beim Bettenkauf zu achten ist. *Dann viel zu oft*

## Bündnis für Bildung kündigt massiven Protest an

Symbolische Aktion gegen Kürzungen gestern vor dem Bahnhof

Bremen (mbr). Schüler, Lehrer und Gewerkschafter griffen gestern zur Säge. Symbolisch wurde vor dem Bahnhof der Rotstift zersägt, mit dem nach Ansicht der Protestierenden der rot-grüne Senat die Bildung im Lande zusammenstreicht. Die Aktion sollte Auftakt sein – der Höhepunkt des Widerstandes ist für den November angekündigt, wenn die Regierung die Haushaltseck-

vor den Ferien nicht zum Erliegen. Lehrer des Gymnasiums Vegesack zum Beispiel waren gestern mit Eltern und Schülern auf den Bahnhofplatz gekommen. Sie schilderten die Folgen der Senatspolitik: Große Leistungskurse, Schüler müssen Kurse an anderen Standorten besuchen, und der Leistungskurs Französisch steht für das nächste Jahr auf der Kippe. Was die De-